

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 31. März 1904.

№ 38.

An Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer!

Infolge der seit vielen Wochen und neuerdings wieder in besonders scharfer Form bezeugten starren Weigerung der unten näher bezeichneten Leipziger Schriftgießereifirmen, zum Zwecke der Verständigung mit ihren Personalen eine Vermittelung des Tarif-Amtes der Deutschen Buchdrucker, der Zentralkommission der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und der Gehilfenleitung im Schriftgießereigewerbe zu akzeptieren, bekunden die Firmen

Böttger, Klinkhardt, Rumrich & Co., Rühl, Schelter & Giesecke

daß sie um jeden Preis einen friedlichen Ausgleich in den schwebenden Differenzen verhindern wollen. Dieser unsoziale Standpunkt der betreffenden Firmenleiter ist um so verwerflicher, als es sich in dem von der Leipziger Gehilfenschaft geführten Kampfe um die Anerkennung von Arbeitsbedingungen handelt, die in allen Gießstädten Deutschlands Geltung besitzen, somit eine ungleichmäßige Belastung des Leipziger Schriftgießergewerbes durch die verlangten Zugeständnisse ausgeschlossen ist.

Wir rechnen mit dem Solidaritätsgeföhle aller Verbandskollegen, daß sie den einseitigen Herrenstandpunkt der in Frage kommenden Firmen bei jeder passenden Gelegenheit zu gunsten der von der Prinzipalität in den Kampf getriebenen Schriftgießereiarbeiter und -Arbeiterinnen Leipzigs in das rechte Licht rücken und nach Möglichkeit dafür besorgt sind, daß bis auf weiteres Schriftgießereierzeugnisse von den Firmen Böttger, Klinkhardt, Rumrich & Co., Rühl, Schelter & Giesecke nicht angekauft werden.

Berlin.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Zum Schriftgießerstreik in Leipzig.

Seit längerer Zeit bereits werden unsere Leser Nachrichten im „Corr.“ über den Stand des Schriftgießerstreiks in Leipzig vernimmt haben. Sollte vielleicht dieses Stillschweigen im „Corr.“ außerhalb Leipzigs der Auffassung Vorstoß geleistet haben, als ob unsere Leipziger Gießerkollegen des Kampfes müde seien oder als ob die Streiklage für die Gehilfenschaft sich verschlechtert habe, so sind wir in der erfreulichen Lage, beides verneinen zu können. Die Ausstehenden halten wie ein Mann zusammen, keine Mutlosigkeit, keine Mispitterung, dagegen die Entfaltung neuer Kräfte sind das Signum der gegenwärtigen Verhältnisse.

Andererseits stehen, wie von allem Anfange an, auch heute noch die Streikenden auf dem Standpunkte einer billigen Verständigung mit der Prinzipalität. Da nun in neuester Zeit wiederholt von der Zentralkommission der deutschen Schriftgießereigesellen Vermittelungsversuche eingeleitet wurden, glaubten wir im Interesse eines friedlichen Ausgleichs — den wir noch jederzeit bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern propagiert haben — denselben durch ein Einstellen des Kampfes im „Corr.“ fördern zu können und zwar umso mehr, als Herr Schriftgießereibesitzer Stadtrat H. Flinsch in Frankfurt a. M. auf Ersuchen der genannten Berliner Gehilfenleitung die Güte hatte, ein Verständigung zwischen den beiden im Kampfe sich befindlichen Parteien in Leipzig anzubahnen.

Wie vorauszusehen war, sind die Vermittelungsversuche des Herrn Stadtrat Flinsch von seinen Leipziger Kollegen zurückgewiesen worden. In einem Schreiben an den genannten Herrn begründen die Leipziger Schriftgießereibesitzer ihren ablehnenden Standpunkt wie folgt:

„Der Kreisverein Leipzig bedauert im Hinblick darauf, daß es sich bei dem Ausstände der hiesigen Schriftgießergehilfen um eine lokale Angelegenheit handelt, dem freundlichen Vermittelungsvorschläge des Vorsitzenden der Vereinigung der Schriftgießereibesitzer Deutschlands, Herrn Stadtrat H. Flinsch, Frankfurt a. M., nicht zustimmen zu können; im besonderen schon deshalb nicht, weil ein eigentlicher Grund, in erneute Verhandlungen mit den Gehilfen einzutreten, nicht vorliegt,

da die Plätze der Ausständigen im wesentlichen besetzt sind. Im übrigen sind die Mitglieder des Kreisvereins bezüglich der u. a. gestellten Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde sowie künftighin weder Schlosser noch ungelernete Hilfsarbeiter zu beschäftigen — sich darin einig, diesen infolge der vorhandenen gemischten Betriebe kein Fall stattgeben zu können. Weiterhin muß auch der Kreisverein in Anbetracht der niedrigen Art der Kampfesweise der Gehilfenvertreter und im besondern des „Corr.“ es ablehnen, mit irgend einem Gehilfenvertreter zu verhandeln, bevor diese nicht eingestellt wird.“

So zieht sich wie ein roter Faden durch den achtzehnwöchigen Kampf die starre Weigerung der Prinzipale, einem versöhnlichen Ausgleich mit der Gehilfenschaft zuzustimmen. Der letzteren wird jetzt bereits zum dritten Male in aller Form die bedingungslose Unterwerfung zugemutet, ein Schritt, zu dem die Gehilfenschaft weder am 20. November, noch am 12. Dezember, noch heute irgend eine Veranlassung hat. Würde der Gehilfenschaft nur ein solcher Ausgang des Kampfes, eine solche „Einigung“ beschieden sein, kann sie getrost noch achtzehn Wochen streiken, zudem nach Ostern in den vom Streik betroffenen Firmen sich die Auslernenden ihren nunmehrigen Kollegen anschließen werden. Diese jungen Gehilfen waren bisher die einzigen technisch ausgebildeten Hilfskräfte, welche die Prinzipale schwer vermissen werden.

Haben die Leipziger Kämpfer den bisherigen Vermittelungsversuchen ihrer Zentralkommission zugestimmt, so aus dem prinzipiellen Grunde heraus, weil niemand in der Gehilfenschaft einer friedlichen Schlichtung, einem möglichen Kompromiß abgeneigt ist und der Kampf nicht um des Kampfes willen geführt wird, sondern auf Grund einer inneren Notwendigkeit, die zum Teile aus der Welt zu schaffen entscheidend in den Händen der Prinzipale ruht. Dafür haben wir u. a. in der Nr. 22 des „Corr.“ den bündigen Nachweis geliefert, der uns auch trotz wiederholter Aufforderung prinzipalsseitig nicht bestritten worden ist.

Jeder Unbeteiligte, der hüben und drüben die Entwicklung des Streiks objektiv verfolgt hat, muß das Bemühen der Gehilfen anstaunen, wie diese

all und jedes Mittel versucht haben, diesem Kampfe eine für beide Teile akzeptable Beendigung zu ermöglichen, „aber ihr habt nicht gewollt“ — kann man mit der Bibel von der Prinzipalität sagen. Auch aus der neuesten Begründung des Kreisvereins, worin die Leipziger Prinzipale den im Interesse des Gewerbes dankenswerten Schritt des Herrn Stadtrat Flinsch ignorieren, geht die Unversöhnlichkeit hervor, mit der die Leipziger Prinzipale sich ein wenig rühmenswertes soziales Denkmal gesetzt haben. Was in aller Welt zwingt denn die letzteren, eine Verständigung abzulehnen mit dem nichtsagenden Hinweis auf die „lokale Angelegenheit“, um die es sich angeblich handelt? Warum hat man daraus nicht die Konsequenz gezogen und ganz im Gegensatz zu obiger Behauptung durch Substitutionen an das ganze graphische Gewerbe dasselbe für diese „lokale Angelegenheit“ zu interessieren versucht? Hat man nicht nur das deutsche Schriftgießereigewerbe, sondern auch das nationale Buchdruckergewerbe aufgefordert, sich gegen die Leipziger Streikenden zu erklären und hat man nicht durch die Bieferung von Streikarbeit seitens der Nichtleipziger Prinzipale sehr wohl ein Gemeinmisches in diese „lokale Angelegenheit“ als recht und billig erachtet und hat man ferner nicht den Leipziger Kampf insofern als einen ganz Deutschland angehenden prinzipiellen denunziert, weil die Schriftgießer hier angeblich nur die Forderungen für die bei der nächsten Tarifrevision von der Gesamtgehilfenschaft geforderte Verkürzung der Arbeitszeit seien? Heute verschwindet dies alles aus dem Gesichtskreise der Leipziger Herren und es bleibt nur übrig die „lokale Angelegenheit“, die weder Herrn Stadtrat Flinsch als Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Schriftgießereibesitzer noch sonst die Prinzipalität im Schriftgießergewerbe Deutschlands etwas angeht! Jedem Denkenden muß eine derartige Logik des Leipziger Kreisvereins zuwider sein, da selbst ein Blinder mit dem Rückblicke sehen kann, daß man in den betreffenden Leipziger Prinzipalskreisen keine Verständigung mit der Gehilfenschaft, keine Schlichtung der Differenzen, keinen Aus-

gleich des Konfliktes, kein Kompromiß, sondern den Kampf bis zum Weißblut wünsch.

Wer solche Wünsche hat, wählt naturgemäß auch die hierfür in Betracht kommenden Mittel und ein solches ist die Abweisung allen Entgegenkommens, aller Vermittlungsversuche — die pure Machtfraße mit all ihren Rücksichtslosigkeiten wird hier erstmalig im Schriftgießergewerbe von den Leipziger Prinzipalen aufgerufen, wie der Ausgang des Kampfes sich auch gestalten möge, nicht zu ihren Gunsten.

Was sonst der Kreisverein noch an Herrn Flinksch schreibt, ist bis auf zwei Punkte kaum des Erwähnens wert. Der eine Punkt betrifft die Behauptung, daß „die Plätze der Ausständigen im wesentlichen besetzt sind“, was durch ihre Widerholung nicht an Glaubwürdigkeit gewinnt. Zerstreute Lager, Häufung von Reklamationen, Rücksendung von Gießereierzeugnissen, das schriftliche Ersuchen um Ausdehnung der Vieserzeit usw. sprechen zur Genüge davon, wie diese Plätze „besetzt“ sind. Die Masse der Eingestrungenen gibt nicht den Ausschlag, sondern deren technische Qualifikation. Das Manöver der Herren ist etwas zu plump, um mit den wenigen Plätzen, die noch zu besetzen sind, nicht die dahinter lauende Absicht zu erkennen, die Streikenden zur Aufgabe der Solidarität zu veranlassen. Diese „wenigen Plätze“ sind für die Streikenden immer zu haben, denn schon vor zwölf Wochen schrieben die Prinzipale, es wären nur wenige Plätze noch zu besetzen; merkwürdig, daß diese Plätze immer noch frei sind.

Dann spricht die Antwort der Leipziger Prinzipale an Herrn Flinksch von einer „niedrigen Art der Kampfweise“, wie sie von den Gehilfenführern, insbesondere aber von dem „Corr.“ gewählt worden sei. Das geben wir gern zu, daß in bezug auf diesen Punkt niemals eine Uebereinstimmung zu erzielen ist. Der Unternehmer wird einen gegen ihn gerichteten und seinen Interessen schädlichen Kampf der Arbeiter immer nach Art der Leipziger Prinzipale bewerten, denn wenn an einem solchen Kampfe die Prinzipale nichts zu tabeln hätten oder gar mit ihm zufrieden wären, dann könnten von allem Anfang an die Arbeiter mit ihrem „Kampfe“ einpacken. Es ist eine Gemeinheit von den Japanern, den Russen die schönen Panzerschiffe so zusammenzuschießen — aber: „c'est la guerre!“ Wir haben die Prinzipale fort und fort gewarnt, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, als aber die Verhöhnung der Gehilfen am 12. Dezember alles Maß überstiegen, haben wir in Nr. 146 des „Corr.“ den Prinzipalen nachgewiesen, daß sie keinen Frieden, sondern den Krieg wollten, daß sie die goldenen Brücken, die ihnen die Gehilfenschaft gebaut, nicht zu betreten geneigt seien und daß man die Gehilfen absichtlich bis aufs Blut gereizt hat. Und da sollten wir gewissenlos genug sein, eine derart behandelte Gehilfenschaft nicht aufs äußerste zu verteidigen, selbst auf die Gefahr hin, damit für die von vornherein jeder Verstärkung abgeneigte Haltung der Prinzipalität ein ebenso billiges als dürftiges Material zu liefern! Acht Wochen lang hat die Gehilfenschaft sich ins Kontor des Vorsitzenden Giesecke bald die Beine abgelaufen, während die Prinzipalität Provokation auf Provokation häufte, was auf der andern Seite sowohl die Erbitterung im Kampfe schuf und nicht zum wenigsten die Geschlossenheit der Ausständigen vertiefte.

Heute stehen wir wiederum vor der Tatsache eines gehilfenseitig veranlaßten Versuches zur friedlichen Beilegung des Kampfes — und wiederum hat die Prinzipalität erklärt, daß es für sie keinen Frieden, keine Verständigung geben dürfe, daß „der Kampf bis zum bitteren Ende“ der Weisheit letzter Schluß sein müsse. Glücklicherweise kommt den Ausständigen diese neuerlich bekundete Scharfmacherei des Kreisvereins nicht überraschend, so daß auch die durchsichtige Prinzipalsdiplomatie der letzten Tage die wohlverdiente Quittung ausgestellt erhalten wird. Für alle Folgen, die der fernere Kampf mit sich bringen wird, ist die Gehilfenschaft vor dem

Gewerbe und der Öffentlichkeit entlastet; damit schwinden aber auch alle Rücksichten, die wir noch zu nehmen hätten, gleichviel wie oft die Leipziger Staatsanwälte in diesem Kampfe von der Prinzipalität noch zur Hilfe gerufen werden. Es wird zum Schluß: nur einen geben, der sich beim Ausgange des Kampfes ins Häuschen lacht, und das ist der „Mann mit dem warmen Herzen“: Herr Georg Giesecke!

Aus dem Gewerks- und Genossenschaftsleben.

Der Verband der **Porteulleiter** hat seine Zahlstellen Pforzheim und Eberfeld eingebüßt. Diese Branchenarbeiter zogen sich, wie erinnerlich sein wird, vor einigen Jahren von der Buchbinderorganisation ab, weil sie sich in letzterer vernachlässigt glaubten und mit einer eigenen Vereinigung ihre sehr indolenten engeren Berufsgenossen besser glauben für den Organisationsgedanken gewinnen zu können. Pforzheim und Eberfeld stellen ein recht zahlreiches Kontingent von Einzelarbeitern, das Eingehen dieser Filialen ist für die neue Organisation also von erheblicher Bedeutung.

Für die **Bergleute** sind die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses um Mitte Februar, bei welchen es sich um die Vorlage zur Knappschaftsreform handelte, nicht sonderlich tröstlich gewesen; wenn nämlich nicht noch ein Wunder geschieht, wird der Interesse der Bergarbeiter liegende Regierungsentwurf abgelehnt, weil eben der Landtagsmehrheit die Berufsinteressen höher stehen. Dem Vorsitzenden des Gewerkevereins christlicher Bergleute, Brust, welcher bekanntlich seit dieser Session mit dem Abgeordneten Stöbel das Arbeiterelement im Landtage Preußens vertreten soll, passierten bei diesen Debatten für ihn und seine Anhänger jedenfalls merkwürdige Dinge. Als er nämlich die Mißstände in den Bergbetrieben und die Wünsche dieser Arbeiterschaft in durchaus ruhiger und sachlicher Weise zur Sprache brachte, wurde er von den national-liberalen und konservativen Rednern nicht schlecht angenommen. Brust, der mit einem Eifer sondergleichen seine im Bergarbeiterverbände organisierten Berufsgenossen als Sozialdemokraten, Hege, Terroristen und Spießrutenläufer bekämpfte, mußte sich im Abgeordnetenhaus von den Verteidigern der Kapitalisteninteressen das nämliche sagen lassen; einzig und allein in dem Abgeordneten Dr. Max Hirsch (Anwalt der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine) erstand ihm ein Verteidiger. Ein Werksorgan schrieb sogar über die Ausführungen der Abgeordneten Brust und Stöbel, dieselben hätten „große Arbeiterreben zum Fenster hinaus gepakelt“ und „die Hauptursache des Anwachsens der Sozialdemokratie liegt doch in der fortgesetzten Aufreizung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber, wie sie von Herrn Brust mit ebenso großer Virtuosität betrieben wird als von dem tollsten Sozialdemokraten.“ Solche Wirkungen seiner Vertretung von Arbeiterinteressen hatte sich Brust ebenfalls nicht träumen lassen; er mag sich bitter enttäuscht fühlen, daß man ihn brevi manu mit den Sozialdemokraten in einen Topf wirft, wo doch bei Gott und aller Welt bekannt ist, daß er die Bande frommer Scheu keineswegs verloren hat. Weiter ist dieser Vorgang aber wieder Beweis, daß ein irgendwie ernsthaftes Vorgehen für Arbeiterinteressen immer unter dem Gesichtswinkel sozialdemokratischer Bestrebungen eingeschätzt wird, zumal wenn ein solcher Redner selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist. Die Zugehörigkeit zu irgend einer andern Partei (Brust ist Zentrumsmann) zieht in solchen Fällen absolut nicht; das Eintreten für Arbeiterinteressen bedeutet eben leider für die Herrscher von Geldsacksgnaden die Vertretung sozialdemokratischer Interessen. Das ist bedauerlich, aber wieder erhärtet durch die Verhandlung Brusts.

Von einem Generalstreik der Bergleute im Ruhrkohlenreviere war jüngst in der Kapitalistenpresse wieder viel die Rede. Eine derartige, übrigens haltlose Besichtigung gibt sicher der allgemeinen Unzufriedenheit Recht, die zu beseitigen durch den Bergarbeiter zu bezweckendes Entgegenkommen jedoch den Kohlenbaronen nicht einfällt, dafür gibt man aber dann die Lösung des Generalstreiks aus. (Siehe auch unter Rundschau in heutiger Nummer.)

Grimmige Fehde herrscht wieder zwischen dem Verbands der **Metallarbeiter** und den Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinen. Es handelt sich diesmal nicht wie sonst um das beiderseitige Verhalten in Konfliktsfällen, sondern um eine uns recht nahe gehende Angelegenheit: um Tarifgemeinschaftsfragen. Der „Typograph“ in seiner bekannten schiefen Auffassung alles Tatsächlichen hat auch schon auf diesen Köder angebissen und legt nun in derselben Art, wie die Hirsch-Dunderscher gegen den Metallarbeiterverband, gegen uns los. Die Frage ist die: Sollen Gewerkschaftsorganisationen an den von ihnen mit einer Unternehmervereinigung abgeschlossenen Tarifverträgen auch andere gewerkschaftliche Verbände ihrer Branche teilnehmen lassen oder haben dieselben diese anderen Gebilde einfach hierbei zu ignorieren bzw. die Nichtbeschäftigung von Mitgliedern derselben zu verlangen? Diese komplizierte Frage zerfällt in zwei Teile; man muß unterscheiden, ob es sich um Nebenorganisationen handelt von ausgesprochener Tarifgegnerschaft oder um solche, die wohl tariffreundlich, deren ganze Tätigkeit sich aber nichts weniger als tarifförderlich erweist. Wir nehmen

den letztern Fall zuerst, da er erwähntem Streite in Frage kommt. Im Feingolds- und Silberschlägereigewerbe ist im Jahre 1902 durch die Initiative des Metallarbeiterverbandes mit der Unternehmervereinigung dieser Branche eine mit allen Nebeninstitutionen ausgestattete Tarifgemeinschaft zustande gekommen, worüber auch unsere Leser unterrichtet worden sind. Die Gewerkevereine haben sich in keiner Weise an den umfangreichen Vorbereitungen beteiligt, sondern überließen dies den Verbänden. Als sie noch über eine größere Anzahl von Feingolds- und Silberschlägern verfügten, fiel es ihnen nicht bei, einen Arbeitsvertrag anzutreiben bzw. in Anregung bei ihren anders organisierten Kollegen zu bringen. Am Schluß der Verhandlungen tauchten die wenigen Gewerkevereiner aber nun mit einem Male auf mit dem Verlangen auf Einräumung des Stimmrechtes an einen der Hirsigen. Dessen weiterten sich jedoch die Verbände und die Prinzipale gaben ihnen darin recht. Es wurde nun als der arbeiterteilige Tarifkontrakt der Metallarbeiterverband anerkannt, im übrigen aber beschlossen, daß die tariffreien Unternehmer nur tariffreie, organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen dürfen, diese könnten wiederum nur bei tariffreien Arbeitgebern Beschäftigung nehmen; die Hirsch-Dunderschen waren also nicht ausgeschlossen von diesem Tarifvertrage, auch hatte ihnen niemand verweigert, diesen selben Vertrag auch noch einmal mit den Unternehmern abzuschießen. Der Tarifvertrag trat dann in Kraft und beide Teile partizipierten daran. Als aber ein Extravertrag zur Bestreitung der Unkosten der Tarifgemeinschaft für die Verbände beschlossen war, desertierten einige derselben zu den Gewerkevereinen, die lediglich die Nutzung von dem Tarife hatten, zu dessen Unkosten aber nichts beitrugen. Dieses brachte die Verbände in Harnisch und so setzten sie denn im Frühjahr 1903 bei der Tarifrevision durch, daß an Stelle der Bestimmung der Beschäftigung von organisierten Arbeitern festgesetzt wurde, daß nur Mitglieder des Verbandes die Metallarbeiter als solche anzunehmen seien. Bemert sei, daß zu dieser Tarifrevision die Gewerkevereiner sich wieder nicht rührten; erst als Mißbilligkeiten zutage traten, ging der Tanz los und das feilige Konzil in Berlin schleuberte seine Hannulle gegen die Metallarbeiterverbände. Der Zentralrat der Gewerkevereine erklärte also, da seine Mitglieder von dem Tarife ausgeschlossen seien, könnten sie auch keinen einhalten. Die Nürnberg Gewerkevereiner dieser Branche beschlossen sogar: „Wir werden deshalb jeden männlichen und weiblichen Arbeiter in den nichttarifreuen Werkstätten aus diesen Branchen in unsere Ortsvereine aufnehmen und sogar in diesem Sinne werbend vorgehen.“ Da der Zentralrat dem Vorgehen seiner Nürnberger Mitglieder volle Anerkennung zollte, sanktionierte er also diesen offenbaren Tarifbruch, welcher seine besondere Bedeutung noch darin findet, daß die Unternehmer in der Feingolds- und Silberbranche aus lediglich bei ihnen liegenden Gründen die Tarifgemeinschaft wieder aufheben wollen, die Hirsch-Dunderscher aber sich als die energiegeltesten Förderer solcher Verträge aufspielen!

Auch im Metallschlägereigewerbe kam 1903 eine Tarifgemeinschaft zustande. In dieser Branche sind im ganzen 80 bis 90 Gewerkevereiner tätig, die sich jedoch an der einbeige ein Jahr in Anspruch genommenen Vorarbeit ebenfalls nicht beteiligten; sie wurden zwar zu den Verhandlungen herangezogen, regten sich aber nicht im geringsten. Bei dem dann ausgebrochenen Streik — dreizehn Wochen dauernd — übten die Verbände in einer Weise Solidarität für die Gewerkevereiner, die nur mit größter Mühe auf diese lange Zeit die nötigen Mittel von ihrer Seite erhielten, so daß das Generalratsmitglied Mauch am Tage der Beendigung des Ausstandes den offiziellen Dank seines Gewerkevereins ausdrückte. Herr Mauch fand auch kräftige Töne über die bei diesem Ausstande sich nicht rühmlich gezeigten christlichen Metallarbeiter und meinte, „eine solche Organisation könne als nicht gleichberechtigt in dem Tarifvertrage anerkannt werden“. Von den Gewerkevereinern wurde aber ein Vertreter zum Tarif-Amt zugelassen.

Noch existiert in der Metall- und Aluminiumbranche eine solche Abmachung mit den Arbeitgebern. In diesem einzigen Falle nur verhielten und verhalten sich die Gewerkevereiner wie es sich gehört. Sie halten die festgesetzten Bedingungen ein und nehmen keinen der Beiträge wegen sahnfüchtigen Verbände auf. Die hier bestehenden Zustände erkennt auch der Zentralrat an. Wir gehen auf die beiderseitigen Lebenswürdigkeiten nicht ein, sondern fragen einfach: was ist hier redens? Da können wir nur sagen, der Beschluß des Metallarbeiterverbandes in dem vorbetragenen Falle ist nicht ganz richtig. Ein Ausreißer wegen der Beiträge wäre damit zu vermeiden gewesen, daß man festsetzte: wer zu den Tarifkosten nichts beiträgt, das Fortbestehen der tariflichen Einrichtungen dadurch also in Frage stellt, ist nicht tariffrei, kann nach den bestehenden Bestimmungen also auch nicht beschäftigt werden. Auf diese Weise hätten auch die nur genießenden Gewerkevereiner herangezogen werden können zur Unterhaltung. Wer bei uns Buchdruckern nicht seinen Tarifobulus entrichtet für das Tarif-Amt, wer nicht beiträgt zu den Unkosten der örtlichen Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise, soll ja von der Benutzung dieser Institutionen ausgeschlossen sein; wird diese Bestimmung z. B. bei den Nachweiser streng gehandhabt, ist der Zahlungsumlustige einfach aufs Trockene gesetzt. Nur auf diese Weise läßt sich diese Frage am besten lösen. Eine Bestimmung, welche besagt, daß nur die Mitglieder

dieser oder jener Organisation beschäftigt werden dürfen, ist gewiß ein heikles Ding, wenn eben mehrere Organisationen in einem Gewerbe vorhanden ist. Die Existenz von mehreren Gruppen zeugt aber stets von Zersplitterung und die Nebenorganisationen leisten sich darin gewiß nicht zu wenig. An sich kann keiner Arbeiter- und keiner Unternehmervereinigung ein derartiger Pakt verübelt werden, beiderseitig will man doch damit die unbedingte Verpflichtung zur Einhaltung des Selbstgeschlossenen betonen, dessen die Nebenorganisationen sich meist niemals rühmen können, man braucht ja nur an den Guttenberg-Bund zu denken! Ob ein derartiger Beschluß aber praktisch richtig ist, das will besonders beantwortet sein. In Nr. 7 des „Corr.“ ist im Anschlusse an einen Schneiderischen Artikel über die Verzebeveregung erst ausgeführt worden, inwiefern eine solche Bestimmung prinzipiell richtig, praktisch aber je nach den Umständen nicht empfehlenswert ist.

In dem vorliegenden Falle trifft zweifellos alle Schuld die Gewerkevereiner, das sagen wir nicht der Leitung des Metallarbeiterverbandes zu Gefallen — mit der wir ja noch einen Spahn haben —, sondern weil das ganze Verhalten der Hirsch-Dunderschen zu diesem Urteile herausfordert. Diese Richtung verfolgt eben immer den Grundsatz: Neben ist seliger denn handeln! Die wenigen Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel. Wir haben z. B. bei den Hirsch-Dunderschen Buchdruckern — Gott sei Dank sind es ihrer nicht viele! — so gut wie niemals das Betätigt gesehen, was in dem Zentralblatt über unsere Tarifgemeinschaft Gutes und Lobenswerthes gepredigt wird. In Ratzenow und Quedlinburg, wo die Gewerkevereiner für uns wirklich in Betracht kommen, sind sie der Tarifseinführung im gegebenen Augenblicke sogar ein direktes Hemmnis gewesen. Aber nicht nur die gewohnte Produzierung als Drohnen haben sich die Gewerkevereiner in Nürnberg geleistet — worüber ihnen sogar von den Unternehmern „redt artige Komplimente“ gesagt wurden! — sondern sie haben durch Uebnahme der des Tarifbeitrages wegen Desertierenden eine ganz unschöne Handlungsweise begangen; eine einfach schände Tat ist aber ganz und gar der oben angeführte Nürnberger Beschluß. Wer über die Christlichen den Stab in gleicher Weise brechen konnte, hat wahrlich das Recht verliert, bei nicht viel besserem Handeln sich als verfolgtes terrorisiertes und brutal verewaltigtes Geknecht hinzustellen. Die Metallarbeiterverbände haben doch in den anderen aufgeführten Fällen bewiesen, daß sie Parität üben wollen und können, sie würden auch in der Silbergeschlößerverbranche es nicht haben zum offenen Bruche kommen lassen, wenn von der andern Seite das Maß nicht zum Ueberlaufen gebracht worden wäre. Wir können also das Vorgehen der Verbände verstehen, wenngleich unsrer Meinung nach auch noch ein andrer Weg hätte versucht werden sollen.

Verständlich ist das Zentralblatt der Gewerkevereine die Stimmung gegen sich aber doch dadurch, daß es einen in der „Neuen Zeit“ von einem gewissen F. Schnetter verzapften Artikel „Eine neue Erscheinung auf dem Gebiete der Tarifvereinbarungen“ sich nutzbar machte, um über Tarifgemeinschaftsbündnisse, zielbewusste Harmonisierung, Organisationszwang, Maßregelung von organisierten Arbeitern durch organisierte Arbeiter usw. herbeizugreifen zu klagen und diesem Artikelschreiber der „Neuen Zeit“ seine vollendete Ueignung über dessen Geschrei auszubringen. Der Herr Schnetter geht nämlich gegen den Chemigraphentarif ins Zeug, welcher die Bestimmung enthält, daß die im Vereine der Lithographen, Stein- drucker und verwandten Berufsangehörigen organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker nur in Anstalten Beschäftigung nehmen dürfen, welche dem Bunde der chemi- graphischen Anstalten angehören und andererseits werden Bundesprinzipale nur solche Geistes beschäftigten, welche Mitglieder der genannten Organisation sind. Diese Bestimmung soll ziemlich genau eingehalten werden, weshalb von den Mitgliedern des Zentralverbandes der Litho- graphen, Kartos- und Chemigraphen — einer Sonderorganisation mit tariffeindlicher Tendenz — schon etliche Mitglieder übergetreten sind, einige aber entlassen wurden von ihren Prinzipalen, weil sie der Organisation des gegenseitigen Tarifkontraktes nicht angehören. Das ist der springende Punkt der Abhandlung Schnetters über Tarifprobleme; alles andre phrasengeschwollene Weiwetz oder Artigkeiten über unsern „Corr.“, wie wir sie von all den sonder- bündlerischen Kratichlubern zur Genüge gewohnt sind. Der Zentralverband der Lithographen usw. macht ja auch gegen den Plan einer Tarifgemeinschaft für die Litho- graphen und Stein drucker mobil, sintonmalen er doch eine Kampforanisation ist und als solche nicht harmonieduseln kann.

Gewiß, es ist auf den ersten Blick wohl eine eigenartige Erscheinung, wenn Unternehmervereinigungen mit Ge- hilfenverbänden Verträge dahin abschließen, daß nur Mit- glieder einer bestimmten Organisation von ihnen be- schäftigt werden. Hieraus aber zu schlußfolgern, daß eine Unternehmerkoalition dies aus purer Einsicht für die Not- wendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation tue, wäre verkehrt. Die Unternehmer seien in den patkierenden Ar- beitern lediglich den ihnen für die gewissenhafte Erfüllung der eingegangenen oder einzugehenden Verbindlichkeiten volle Gewähr bietenden Tarifkontrakten. Sie können doch wahrhaftig nicht mit Leuten Tarifverträge ab- schließen, die solche programmäßig bekämpfen oder ihnen so indolente Besirwörter wie die Hirsch-Dunderschen Ge- werkevereiner sind; das hiesse dann wirklich für den alten Frigen arbeiten. Die Identifizierung des „Gewerkevereins“ mit dem Schnetterschen Weltfamerze bedeutet also nichts

andres als eine Sanktion der Tarifgegnerschaft und eine Begünstigung der Sonderbündel in der Gewerkschaftsbewegung. Das aber läßt wieder sehr tief blicken für die Gewerkevereiner, um mit Sabor zu reden.

(Fortf. folgt.)

Correspondenzen.

St. Augsburg. Die am 12. März abgehaltene Orts- vereinsversamlung hatte sich hauptsächlich mit den An- trägen zu dem u. S. in München stattfindenden Gau- tage zu beschäftigen. Der Vorsitzende Wipfler wies ein- leitend darauf hin, daß die Kollegen sich gründlich aus- sprechen sollten, um den zu wählenden Delegierten eine gewisse Richtschnur in bezug auf die Vertretung der auf der Tagesordnung stehenden Anträge zu geben. Bezüg- lich des Punktes 5: „Die Tarifdurchführung in Bayern und eventuelle Anregungen zur nächsten Sitzung des Tarif- u. S. „hiesse“ war der Vorsitzende der Ansicht, daß dem Gehil- envertreter aufgetragen werden solle, bei der im Monate April stattfindenden Sitzung für eine weitere Einschränkung der Lehrlingszahl und Gleichstellung der Stala für Sezer- und Druckerlehrlinge einzutreten. Be- treffend der Reorganisation des Gau- es Bayern, Bezirks- einteilung, Errichtung von Agitationskommissionen (welch letztere zu bevorzugen wären), Verlegung des Vorortes nach Nürnberg (wofür er sich nicht aussprechen konnte, ebensowenig für eine Trennung des Gau- es in einen Nord- und Südgau), sei der Antrag des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft München: „Den Gau- und Orts- vorseherposten einem besoldeten Beamten zu übertragen“, von besonderer Wichtigkeit. Er könne nicht umhin, zu sagen, daß bei Annahme des letztern Antrages Miß- heitigkeiten zwischen dem Gau und der Mitgliedschaft München zu befürchten seien und bitte deshalb die Kol- legen, um eine rege Aussprache herbeizuführen, sich zum Worte zu melden. Zunächst ergriff Kollege Hauschild das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Frage der Gründung von Bezirksvereinen habe die Versammlung schon wiederholt beschäftigt, doch sei man mit Rücksicht auf die zwischen den einzelnen Druckorten Schwabens liegenden großen Entfernungen, die den gewöhnlichen oder beabsichtigten regen mündlichen Meinungs- austausch un- gemein erschweren, stets zu einem ablehnenden Beschlusse gelangt. Jedoch angefangen der im Laufe der letzten Jahre so bedeutend gewachsenen Zahl der Gau- mitglieder und der hierdurch nach verschiedenen Richtungen hin sich er- gehenden veränderten Sachlage sei auch er der Meinung, daß man den bisherigen verneinenden Standpunkt ver- lassen und eine befriedigende Lösung dieser Frage mit herbeizuführen versuchen müsse. Entschiede man sich für Bezirks- einteilung, dann sei wohl eine Vereinfachung der Geschäfts- führung der Gauverwaltung zu erwarten, aber den Bezirksvororten Würzburg, Nürnberg, Regensburg und Augsburg werde eine Arbeitslast erwachsen, die selbst der operativtligste Kollege nach Feierabend nicht zu be- wältigen vermöge. Einfacher sei die Bildung von so- genannten Agitationskomitees, die wohl manches für sich hätten, aber in ihrer Wirksamkeit auch nicht überschätzt werden dürften. Bezüglich des Antrages des Gauvor- standes und der Mitgliedschaft München, den Gau- und Ortsvorseherposten einem besoldeten Beamten zu über- tragen, wünschte Redner, daß die Augsburger Delegierten diesem Antrage nicht zustimmen. Er sei vollkommen überzeugt, daß es bei der ständig wachsenden Mitglie- derzahl und deren Verteilung auf mehr als hundert Orte in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, den Gauvor- seherposten irgend einem Kollegen als Nebenannt auf- zubürden. Hier eine Verringerung herbeizuführen, sei ein Gebot der Gerechtigkeit; aber mit diesem Posten zugleich auch die Funktion eines Münchener Ortsvorsehers zu verbinden, das sei eine Zumutung, die im Interesse des Gau- es entschieden zurückgewiesen werden müsse. Ein solches Verhältnis müsse lächmend, nicht fördernd auf die Gauverhältnisse wirken, denn was man auch sage, un- begründet sei die Befürchtung keineswegs, daß der Gau- vorseher allmählich nur der geforsame Diener einer ein- zigen Mitgliedschaft werden würde. Die Selbstständigkeit der Beamten unsers Gau- es müsse möglichst gewahrt bleiben und sei die Mitgliedschaft München mit ihren 1500 Mitgliedern schon sehr wohl in der Lage, mit eignen Mitteln sich einen eignen Verwalter anzustellen und zu besolden. Er bitte deshalb die Delegierten, in diesem Sinne auf dem Goutage wirken zu wo- en. Den Gau Bayern in Bezirksvereine einzuteilen, erwähnte Kollege Popfner, stand schon des öfters bei Goutagen auf der Tagesordnung; der Antrag wurde aber jedesmal, so gut der selbe auch gemeint war, aus wohl erwogenen Gründen abgelehnt; jetzt ist noch ein neuer Wunsch hinzugekommen: Gründung von Agitationskommissionen. Wenn die Mitgliedschaft Augsburg wie auch deren Vertreter auf den Goutagen stets gegen Gründung von Bezirksvereinen waren, so muß man angesichts der jetzigen Lage im Gau Bayern sagen: Veränderte Verhältnisse bedingen eine andre Beurteilung; es frage sich nur, wie der gewollte Zweck am besten, aber auch am billigsten er- reicht werde. Redner besprach die Aufgabe der Bezirksvereine und billigte die von Hauschild vorgebrachten Gründe in bezug auf Arbeitsüberhäufung der einzelnen Vereins- funktionäre, wie auch eine Gründung von Bezirksvereinen ohne eine Steuererhöhung nicht möglich ist, eine solche unter allen Umständen aber vermieden werden müsse. Redner könne sich eher mit Schaffung von Agitationskommissionen befreunden, weil hier der

ideale Zweck zur Geltung käme, jeder Klassenbelast in Wegfall komme und sich zur Agitation eber Kollegen werden finden lassen. Die Augsburger Delegierten mögen auf dem Goutage in dem Sinne wirken: Keine Bezirksvereine, sondern Schaffung von Agitationskom- missionen. Zum Antrage des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft München, den Gau- und Ortsvorseher- posten einem besoldeten Beamten zu übertragen“ führte Redner aus: Bei der heutigen unglücklichen Verquickung, wo der Verwalter und Hilfsarbeiter des Gau- es zugleich die Geschäfte der Mitgliedschaft München besorge, könnte ein solcher Antrag nicht ausbleiben. Man darf nur die wöchentlichen Rapportzettel der Mitgliedschaft München zur Hand nehmen und rechnet man dann die täglichen Sprechstunden, die Zeit des Ausgehens von Kranken, Konditionslofen und Reisenden sowie die Zeit für die übrigen Arbeiten für die Mitgliedschaft zusammen, so muß man sich wundern, daß für die Arbeiten des Gau- es noch Zeit übrig bleibt. Und die Verteilung der Kosten: Zwei Fünftel die Mitgliedschaft und drei Fünftel der Gau, ist dann schon mehr als Ironie! Redner besprach noch an der Hand mehrerer Rechenschaftsberichte die Vergröße- rung des Gau- es und die dadurch bedingte Mehrarbeit und kam zu dem Schlusse: Fort mit dem jetzigen Systeme, Trennung der Verwaltungs- geschäfte zwischen dem Gau und der Mitgliedschaft München, jede Korporation wähle seine eignen Verwal- tungsbeamten! Die dadurch bedingte Mehrausgabe für den Gau sei eine ganz minimale, wenn man rechne, daß nach dem gestellten Antrage für den neu anzustellenden Gauvor- stand die Gaukasse auch drei Fünftel von dessen Gehalt zu tragen hätte. Nach näherer Schilderung der Gauarbeiten hält Redner zwei besoldete Beamte für den Gau Bayern für vollständig genügend und sollen dies der Gauvorsteher und der Gauverwalter sein. Der bisherige Posten eines Hilfsarbeiters fällt weg und werde auf diese Weise wieder eingespart. Redner meinte, es wäre dies wohl die ein- fachste, aber auch praktischste Lösung zu dem Antrage des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft München. Auf diese Weise würden dann wohl die Klagen nach einer besseren Agitation verstummen, denn der Gauvorstand würde genügend Zeit zur mündlichen und schriftlichen Agitation finden, ebenso hätte der Gauverwalter ein ruhigeres, nicht mehr so aufregendes Arbeiten. Hiernach kam er auch auf die von Nürnberg angeregte Trennung des Gau- es in einen Nord- und Südgau zu sprechen, welche Forderung auf das Entschiedenste zu verurteilen und zu bekämpfen wäre; die vorgebrachten Gründe sprächen nicht für eine Realisierung eines solchen Wunsches und warne er die Delegierten, einem solchen Anfinnen zu ent- sprechen. Bayern müsse aus tatsächlichen Gründen ein Gau mit dem Vororte München bleiben. Redner be- sprach noch die Zwitterstellung vom Gau- und Orts- vorstande in einer Person, führt den Gau Hannover an und glaubt nicht, daß sich für diese „Marität“ jemand finden dürfte. Wenn die Versammlung diese Ausführungen, die ja nur im Interesse des Gau- es gemeint seien, für gut befände, so gebe man den zu wählenden Delegierten die parole mit auf den Goutage: Dem Gau der Gauvorstand, der Mitgliedschaft München seine eigne Verwaltung. Kollege Schmidt wunderte sich, daß hier eine so große Oposition gegen die Vereinigung des Gau- und Orts- vorseherpostens vorhanden sei, nachdem doch von den 22 Gau- en 10 Gau- und Ortsvorstände in einer Person hätten und bis jetzt noch niemals Klagen hierüber in „Corr.“ zu lesen waren. Der Feindmismus gegen die Vereinigung des Gau- und Ortsvorseherpostens sei ebenso unangebracht wie ungerechtfertigt. Redner ist durch seine praktische Erfahrung als Ortskassierer über- zeugt, daß tatsächlich der Gauverwalter und dessen Hilfs- arbeiter überlastet seien und nicht bloß durch die Mit- gliedschaft München, sondern durch den Gau mit seinen vielen Mitgliedschaften und einzelstehenden Kollegen in der Provinz. Bezüglich der Errichtung von Bezirken, meinte Redner, sei der gedachte Nutzen nicht zu erzielen, denn schaffe man kleine Bezirke, so sei dem Verwalter wohl kaum eine Entlastung damit geboten, schaffe man große Bezirke, so werde es wohl keinem Kollegen in der Provinz physisch möglich sein, die Kassengeschäfte eines Bezirkes zu führen. Innerhalb des Ausschusses, führte Kollege Georg Maier an, sei der Antrag des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft München etwas anders aufgefaßt worden als von den Vorrednern. Der Ausschuss habe sich aller- dings auch nicht der Bedenken entschlagen können, ob Gau- und Ortsvorsteher in einer Person vereinigt nicht zu Mißheittigkeiten führen werden. Indes sei selbst bei Eintreten einer derartigen Eventualität die Sache nicht so schlimm anzusehen, da ja der Goutage dann jeberzeit in der Lage sei, den Gauvorsteher von seinem Doppelposten loszulösen. Aus diesen Gründen habe der Ausschuss weniger mit finanziellen Gesichtspunkten, obgleich er deren Wichtigkeit zugebe, als mit tatsächlichen gerechnet. Er habe die Ansicht, es sei immer noch das Zweckmäßigere, dem vorliegenden Antrage des Gauvorstandes und München zuzustimmen, als die Anträge Nürnberg zu unterstützen, welche geradezu darauf hinausgingen, den Gau Bayern auseinander zu reißen. Eine derartige Eventualität dürfe jedoch gar nicht in den Bereich der Betrachtungen gezogen werden. Auch würde der Provinz bei Ummahme des An- trages Nürnberg durchaus kein Vorteil erwachsen, da der Gaubetrag deshalb in keiner Weise herabgesetzt würde, denn auch in Nürnberg müßten besoldete Gaubeamte an- gestellt werden. Der Gau Bayern müsse ungeteilt bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß München in

pekuniärer Hinsicht einen Vorteil bei dem ganzen Handel herauschlage. Man solle seitens der Provinz weniger den finanziellen Teil der Anträge in den Vordergrund drängen, als vielmehr von dem Grundsatz ausgehen, daß wir alle Verbandsmitglieder, ob Großstädte oder Provinzkollegen, von gemeinsamen Zielen bestrahlt seien, denen gegenüber in solchen Verwaltungsangelegenheiten ein verzögernder Standpunkt eingenommen werden müsse. — Nachdem der Vorsitzende noch auf die am 12. März abgehaltene konstituierende Versammlung des Volkshochschulvereins hingewiesen und verschiedene interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Am 20. März hielt der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft seine diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. War auch im allgemeinen während desselben die Lage unseres Gewerbes eine bessere, so sind doch die Schlüsse auf weitere Besserung vorläufig als trügerische anzusehen, da leider die Sejmmaschine eine steigende Einführung fand. Die Mitgliederzahl ist etwas gesunken, wohl infolge Verschmelzung der beiden Adressbücher, wodurch weniger Kollegen von auswärts hier Konditionen fanden. Nach Entlastung des Kassierers wurde sodann an Stelle des bisherigen Vereinsboten Schlaug, der die Botengeschäfte am 1. April abgibt, der Sozialde Walter zunächst probeweise angestellt. Bei der Vorstandswahl ergab sich eine kleine Verschiebung infolge Ausscheidens des bisherigen Schriftführers. (Nächstakt der Wahl siehe unter Verbandsnachrichten.) In die Revisionskommission wurden zu den sechs Revisoren noch sechs Stellvertreter gewählt, da die Revisoren, speziell die für den Gau, jetzt unzureichend sind, weil jene Anstellung des Gauverwalters die Abrechnungen aus den Bezirken des Gauers erst am Vororte geprüft werden. Auf Antrag des Vorstandes wurde alsdann die Ausgesteuerten-Unterstützung wiederum auf ein Jahr verlängert. Ferner wurde beschlossen, dem Vorstande die Krankenkasse, die denselben sehr belastet, abzunehmen und den Kollegen zu übertragen, welche bereits die Kontrolle für unsere Ortskrankenkasse ausübten. Nachdem der Vorsitzende noch die schwache Beteiligung an den Versammlungen der Ortskrankenkasse gerügt hatte, verwies er u. a. noch auf die am ersten Osterfeiertage in der „Neuen Börse“ stattfindende Druckausstellung, veranstaltet von der Breslauer Typographischen Gesellschaft. Die hierauf folgende Generalversammlung der Freiwilligen Kranken- und Begräbniskasse beschäftigte sich mit Abänderung einiger Paragraphen des Statuts, denen nach dem Verlangen der Aufsichtsbehörde eine präzisere Fassung gegeben wurde.

Gera. (Maschinenmeisterklub.) Am 20. März fand eine außerordentliche Generalversammlung mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Nachdem der Vorsitzende die Gründe dargelegt hatte, weshalb er eine außerordentliche Generalversammlung einberufen habe, erfolgte die Abrechnung vom Stiftungsfeste, zu welcher die Versammlung ihre Zustimmung erteilte. Zu dem Punkte: „Besprechung der Anträge von Berlin und Leipzig zur diesjährigen Sitzung des Tarif-Ausschusses“ erstattete Kollege Bohne das Referat. In der hierauf erfolgten regen Aussprache einigte man sich dahin, den Gehilfenvertreter Lösche zu ersuchen, für folgende Tarifänderungen zu stimmen: 1. Einmaschinenwesen ohne jede Klausel. 2. Die Lehrlingskassa ist gleich derjenigen der Seher zu gestalten. 3. Der Arbeitsnachweis soll nach dem Vorschlage des Berliner Gauvorstandes behandelt werden. 4. In allen Pressen und Maschinen, auf welchen Buchdruckerarbeiten hergestellt werden, sind nur gelernte Buchdrucker zu beschäftigen. 5. Genaue Einhaltung des Tarifes bei Ueberstunden, Streichung des Paragraphen, schwieriger Druck betr., und erhöhte Entschädigung. Zu 4 konnte man sich weder mit den Leipziger noch mit den Berliner Vorschlägen einverstanden erklären, sondern es wurde hervorgehoben, daß wir auch mit den Maschinen der Zukunft rechnen müssen und gelangte daher die Versammlung zu dem obigen Vorschlage. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß er gezwungen sei, wegen Gesundheitsrückfällen sein Amt niederzulegen. Die hierauf vorgenommene Neuwahl ergab das unter Verbandsnachrichten in Nr. 37 mitgeteilte Resultat. Unter „Sonstiges“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erörtert.

M. Leipzig. (Typographische Vereinigung.) Zu der am 23. März im Saale des Restaurant „Johannistal“ abgehaltenen, gut besuchten zweiten Sitzung wurde vom Kollegen Krefschmar die Tätigkeit der Revisionskommission geschildert, die in der Vorarbeit des Statuts für die neue graphische Vereinigung von Leipzig bestand. Fürs erste wurde als Name der Gesellschaft „Typographische Vereinigung“ angenommen und die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zum Verbaude der Deutschen Buchdrucker abhängig gemacht; die außerordentliche Mitgliedschaft können auch Angehörige verwandter Berufs-zweige erwerben. Der Beitrag ist pro Mitglied und Woche 10 Pf. Am 14. Tage findet eine Sitzung statt, die sich besonders mit technischen Vorträgen, Vorkursen und Ausstellung beachtenswerter Druckerzeugnisse befassen soll; dagegen alle anderen als technische und fachwissenschaftliche Fragen ausgeschlossen sind. Als Publikationsorgan wurden neben dem „Corr.“ die „Mitteilungen“ des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellschaften bestimmt. Obgleich im Statut nichts festgelegt, wird wohl die Frage über den Anschluß an den Verband der Typographischen Gesellschaften Deutschlands (Sitz Berlin) in nächster Zeit erörtert und sobald es die Sitzungsverhältnisse

gestatten, verwirklicht werden. Folgende Kollegen wurden in den Vorstand gewählt: Willy Pirstein erster und Krefschmar zweiter Vorsitzender; Hübnier, Kassierer; Albert Wädide, Schriftführer; Erdmann, Bibliothekar; Gleichmann und Schladiß, Beisitzer; Krappe und Haßbecker, Ersatzleute, und Knittel und Kömer, Revisoren. Zum Schlusse der Sitzung gab Kollege Krefschmar der neuen Vereinigung die besten Wünsche auf den Weg, die zum Wohle des einzelnen und zur Förderung aller gereichen möge. Am 1. Ziel zu erreichen, ist die Betätigung jedes einzeln — und sei es nur durch sein Erscheinen — erforderlich. Deshalb ergeht auch an dieser Stelle der Ruf an alle vorwärtsstrebenden Verbandsmitglieder: Hinein in die Typographische Vereinigung!

Leipzig. Die Notiz in Nr. 36 des Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer ist in bezug auf meine Firma unrichtig. Weder jetzt noch früher sind in meinem Betriebe Matern mit Beschlag belegt worden. Heinrich Hoffmeister, Schriftsetzer. — Wir bedauern, in diesem Falle das Opfer irrtümlicher Information geworden zu sein.

H. Marburg. Die dritte diesjährige Bezirksversammlung fand am 19. März im Festschloß Lokale statt und war leider nur schwach besetzt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Beratung der Anträge zum diesjährigen Goutage in Marburg. Die Anstellung eines besoldeten Gauverwalters wurde von der Versammlung sympathisch besprochen, nur war man in der Kostenbedeutung verschiedener Meinungen. Auch mit einer event. Erhöhung des Gauzuschusses für Konditionslose erklärte die Versammlung ihr Einverständnis und wünschte man, einem Antrage Kasse entsprechend, eine vermehrte Gegenseitigkeit mit anderen Gauen. Um eine Reduzierung der Gehaltskassa schon vor Ablauf des Tarifes zu ermöglichen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Marburger Gehilfenchaft ersucht den Gehilfenvertreter des III. Kreises, bei der bevorstehenden Sitzung des Tarif-Ausschusses dahin zu wirken, daß auf Grund der Bürgen-Erklärung bei der Tarifberatung 1901 eine Reduzierung der Gehaltskassa vorgenommen wird, ferner das Bestimmungen getroffen werden, welche geeignet sind, eine Prüfung der angehenden Lehrlinge auf ihre Gesundheit und Schulkenntnis vorzunehmen sowie eine bessere Benutzung des Arbeitsnachweises und Vermeidung von Ueberstunden herbeizuführen.“ Ort der nächsten Bezirksversammlung: Herborn. — Wie bereits an dieser Stelle mitgeteilt, findet die Gauversammlung für den Gau Frankfurt-Hessen am ersten und zweiten Osterfeiertage in Marburg statt. Die hiesige Kollegenschaft hat es sich nicht nehmen lassen, neben den ersten Verhandlungen des Goutages für die Fehlbilas Sorge zu tragen und rufen wir allen Kollegen des Gauers Frankfurt-Hessen zu: Willkommen zu Ostern in unser walduimkränzten Bergstätt!

Wp. Offenbach a. M. (Bezirksversammlung vom 19. März.) Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde nachträglich festgesetzt, daß wir zum Goutage in Marburg sieben Kollegen zu delegieren haben. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß Kollege Wiehle, welcher ebenfalls die absolute Mehrheit bei der Wahl erhielt, als siebenter Delegierter unsern Bezirk vertreten soll. Der erste Punkt: „Der bevorstehende Goutage in Marburg“, entfiel eine lange, rege Debatte und wurden unseren Delegierten verschiedene Wünsche der Versammlung mit auf den Weg gegeben, ebenso über den Antrag betr. Obligatorisierung der Witwenkasse im Gau Hessen. Bebaudet muß nur werden und wurde auch von verschiedenen Kollegen gerügt, daß, trotzdem der Punkt Goutage auf der Tagesordnung stand, zwei als Delegierte gewählte Gesetzkollegen es nicht für nötig erachteten, in der Versammlung zu erscheinen. Ein Antrag des Kartelldelegierten, für die ausständigen Masergesellen einen Betrag zu bewilligen, wurde dahin erledigt, daß der Vorstand ermächtigt werden soll, im Bedarfsfalle eine Summe auszuwerfen. Bezüglich der Zentralbibliothek wurde beschlossen, unsern Delegierten beim Kartelle aufzugeben, dafür zu stimmen, daß pro Kopf und Jahr von einer Gewerkschaft 10 Pf. an die Kommission abgeführt werden. Eine kurze Debatte entspann sich noch über den Saalbaubericht und den Antrag des Betreters, 100 Mk. hierfür zu bewilligen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen.

Rundschau.

Die werbende Kraft des Verbandes. Aus vielen Orten des Deutschen Reiches gehen uns Nachrichten über Beitrittserklärungen von Gutenberg-Bündlern zum Verbaude zu. In Berlin ist u. a. auch das Mitglied des Hauptvorstandes des Gutenberg-Bundes, Kollege Bögele, zum Verbaude übergetreten. Diese Tatsache allein schon erfährt für jeden vorurteilslos denkenden Kollegen, wie elementar den anständigen Mitgliedern des Bundes dessen tarif- und streikbrecherische Tendenzen die letzten Konsequenzen ausführen.

Die Konkurrenzmaßnahmen in der Ortsumher Zeitungswesen gestalten sich immer netter. Der dortige „Generalanzeiger“ kann nämlich mitteilen, daß von seinen Abonnenten Postkarten mit Abwesenheitsdruck ihm zugegangen seien, die nach eingezogenen Erkundigungen Fälschungen darstellen. Von „andererseits“ Seite wurden die Namen von Abonnenten des genannten Blattes benützt, um dessen Herausgeber den Rücktritt vom Abonne-

ment mitzuteilen, worüber die darob Befragten natürlich nicht wenig erstaunt waren. Dem Ansehen der Presse, welches doch sehr wohl steigerungsfähig ist, geben solche Praktiken einen gar argen Stoß.

Gegen die Vergebung der Breslauer Ausstellungsarbeiten an die Firma Scherl wollen die Prinzipale Breslaus bei dem Regierungspräsidenten Beschwerde erheben.

Der Wettbewerb um künstlerische Exlibris für Volksbibliotheken, veranstaltet vom Berliner Exlibris-Berein, zeitigte einen Einlauf von 183 Entwürfen. Zwei Entwürfe wurden mit Preisen, 24 andere mit einer lobenden Erwähnung bedacht. Der Verein ist bereit, zunächst die Klischees der beiden ersten preisgekrönten Exlibris allen Festsetzungen zur Verfügung zu stellen gegen Ertrag der Galvanoplasten. Sechs weitere Entwürfe hat sich der Verein durch Auktionsverkauf gesichert und liefert von diesen Exlibris mit beliebigem Eintrude in künstlerischer zweifarbiger Ausführung zum Selbstkostenpreise. An Volksbibliotheken, die sich ein Exlibris anschaffen beabsichtigen, wird ein Sonderabdruck von 26 der besten Entwürfe unentgeltlich abgegeben. Anfragen sind an Georg Starke, Wörlitz, Salomonstr. 39, zu richten.

Deutsche Kultur- und Rechtszustände. In einem Dorfe des Kreises Ansburg frondete seit sechs Jahren ein jetzt 23jähriges Dienstmädchen einem Gutsbesitzer für einen Jahreslohn von 60 Mk., außerdem sollten ihm jährlich ein Kleid, zwei Pfund Wolle und zwei Hemden gewährt werden. Nachdem das erste Jahr vorüber, zahlte der betreffende Landwirt statt der versprochenen 60 nur 30 Mk. aus (weil er angeblich nicht mehr zahlen konnte), aber auch diese verlangte er andern Tages zurück unter allerlei Versprechungen vollständiger Fürsorge für das Mädchen. Auf diese Weise erhielt das Mädchen nun sechs Jahre lang keine Pfennig Lohn und Kleidungsstücke nur in so unzureichender Zahl, daß das Mädchen sich nicht unter Menschen sehen lassen konnte. Der Gutsbesitzer war ein dem Trunke ergebener Mensch, der in solchem Zustande seiner ganzen Umgebung gefährlich wurde. Bei einer dieser Wüsten Szenen jagte dieser Mensch das Mädchen von Haus und Hof. Das auf der weiten Welt völlig alleinstehende Mädchen suchte darauf bei einer ihm aus der Kindheit bekannten Frau in einem andern Kreise Unterkunft. Diese nahm sich ohne einen Pfennig Geld und völlig gekloppt ankommenden Mädchens an und eruchte den zuständigen Amtsvorsteher um seine Vermittlung zur Herausgabe des Lohnes für sechs Jahre, der Sachen und der Papiere des Mädchens. Stach diesem Ersuchen nachzukommen und sich des armen Geschöpfes anzunehmen, befaß der Amtsvorsteher dem Mädchen, sofort in den Dienst zurückzugeben; es sollte doch seinem Herrn dankbar sein, daß er den Lohn so lange aufbewahrt habe! Das tat jedoch das Mädchen wegen der schlechten Behandlung nicht, weshalb ihm sechs Strafbefehle in der Höhe von 12 bis 36 Mk. zuzugingen, die dagegen eingereichten Beschwerden wurden zurückgewiesen. Der Berliner „Vorwärts“, welchem wir diesen Fall von himmelstreichendem Unrechte entnehmen und der denselben streng nach den Akten zu schildern betont, erzählt den weitem Verlauf nun folgendermaßen: Das Dienstmädchen klagte dann bei dem Landgerichte zu Ansburg gegen den Besitzer auf rückständigen Lohn für die Jahre von 1897 bis 1903 sowie auf Lieferung der Kleidungsstücke im Gesamtbetrage von 342 Mk.; auch beantragte es die Gewährung des Armenrechtes zur Klage. Das Landgericht lehnte die Bewilligung des Armenrechtes ab, weil das Mädchen den Dienst unberechtigterweise verlassen habe. Da der Besitzer einen Teil des Lohnes zur Begahlung der Strafen verwandt und eine Gegenforderung gestellt habe, außerdem auch gegen die Forderung des rückständigen Lohnes für die Zeit von 1897 bis 1901 bei Gericht sich auf Verjährung berufen habe, so betrage das Objekt der Klage weniger als 300 Mk. und deshalb sei das Landgericht nicht mehr zuständig. Der Besitzer bestrittet die Forderung gar nicht, aber er beruft sich auf den Verjährungsparagraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches und ohne daß das Mädchen auch nur einmal vor Gericht gehört worden ist wird es des schwer verdienten Lohnes für drei Jahre von Rechts wegen für verlustig erklärt. Eine Beschwerde bei dem Oberlandesgerichte wurde zurückgewiesen. Der Lohn für die anderen Jahre wird von dem Besitzer für Strafgebühren, Entschädigungen für Ertrag der Arbeitskraft des Mädchens, welche der Besitzer mit 2,50 Mk. pro Tag berechnet, aufgerechnet. Die wenigen Habseligkeiten und das Dienstmädchen werden einbehalten und immer weitere Strafen festgesetzt, weil das Mädchen bei diesem Besitzer, der es fertig gebracht hat, den Lohn für sechs Jahre auf die hier bezeichnete Art zu verrechnen, nicht mehr dienen will. Aber auch die das Mädchen aufgenommenen Leute sollten noch eine Extraprobe von dem „Rechte“ des Gesines in Deutschland bekommen, sie wurden nämlich wegen Heberbergung der Verlassenen und Verwegenen mit Strafbefehlen bedacht. Das sind Kulturzustände aus dem dunkelsten Deutschland, allwo die Schreier nach Liebesgaben und die urdeutschen Kämpfer für Ordnung, Justiz und Sitte haufen; das ist aber auch eine Beleuchtung der Mangelhaftigkeit unserer Rechtszustände, wie man sie in einem zivilisierten Lande, am wenigsten jedoch im vielgerühmten Lande der Sozialreform für möglich halten sollte. Existiert wirklich für das Gesinde kein Betrugsparagraph im Strafgesetzbuche, auch die §§ 812 bis 823 des B. G. B. nicht, die von ungerechtfertigter Bereicherung handeln?

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Der Konflikt der Krankenkassen mit den Ärzten hat in den verschiedenen Orten des Deutschen Reiches sehr verschiedene Formen und zum Teile auch bereits schon einen recht verschiedenen Ausgang genommen. In Braunschweig ist es zu einer Verständigung auf Grundlage der freien Arztwahl gekommen. — Nach heftigen Debatten erzielte man in Magdeburg eine Verständigung über den neuen Vertrag mit den Ärzten. Diefelben verlangten auf Grund einiger Erfahrungen die Einschaltung des Passus: „Der Vorstand macht den Angestellten ein angemessenes Verhalten zur Pflicht.“ Dieser Punkt drohte die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und nur mit Widerstreben wurde schließlich seitens der 22 Kassen diese Bestimmung anerkannt, nachdem zuvor der Vertreter der Aufsichtsbehörde den Abschluß eines Zwangsvertrages mit diesem Passus durch seine Behörde in Aussicht gestellt hatte. (Nach den neuesten Meldungen hat die Kaufmännische Ortskrankenkasse diese Klausel abgelehnt und ist ein Konflikt und das Einschreiten der Aufsichtsbehörde deshalb bevorstehend.) — Mit Einstellung ihrer Tätigkeit zum 31. März hatten die Ärzte in Elmshorn gedroht, weil ihre Honorarforderungen nicht voll anerkannt wurden; nachdem sie auf die bestehende Kündigungsfrist aufmerksam gemacht, stellten sie nun ihre Kündigung am 1. April zum 1. Oktober in Aussicht. — Weil die Ortskrankenkasse in Solingen der ihr am 4. März zugegangenen Aufforderung zur Anstellung von vier weiteren Ärzten am 21. März noch nicht nachgekommen war — Frist war bis zum 19. März gefüllt, also trotz der Verfügung des preussischen Handelsministers wieder recht knapp bemessen — erfolgte die Amtsentsetzung des Vorstandes und Uebernahme der Kassengeschäfte durch die Behörde. Einige Tage darauf stellten von den sechs beamteten Kassenzärzten drei ihre Tätigkeit ein, die Aufsichtsbehörde wandte sich darauf an die Vertreter der Solinger Ärzteschaft zwecks sofortiger Beteiligung an der Behandlung der Kassenglieder und deren Familien. Die Ärzte erklärten aber ihre Bereitwilligkeit dazu nur unter der Bedingung der Suspension der verbleibenden Ärzte bis zu der sofort einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung der Kasse, der Magistrat entsprach auch diesem Verlangen. Die inzwischen abgehaltene Generalversammlung zeigte große Entwürfung gegen das Eingreifen der Behörde. Die Mitglieder erklärten, unter den ausfortkrierten 23 Ärzten sich auf zehn oder zwölf zu einigen, damit der Wille der Behörde und der Ärzte in etwas gebrochen werde. Die Solinger Ärzte verweigern übrigens die Behandlung der Frauen von Kassengliedern, was besonders scharf verurteilt wurde. — In Köln liegen die Dinge immer noch recht bunt. Die Eisenbahnärzte haben ihre Kündigung zurückgezogen, nach dem Willen der Direktion bleibt das Zwangsarztssystem beibehalten und die gegen die anderen ärztlichen Klassen geringeren Honorarsätze bestehen. Die Industriellen haben in Erwartung einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses der Ärzte zu den Krankenkassen Nutzenlassen ihrer beim Bezirksausschusse anhängig gemachten Klage wegen des behördlichen Eingreifens beschloffen; diese sehr wortreiche Entschliebung bezieht im Grunde genommen aber lediglich die Anerkennung aller ärztlichen Forderungen. (Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Becker-Offenbach a. W. hat bereits den recht unklaren Antrag an den Reichstag gestellt: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage tunlichst noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten einer Regelung unterzieht; erforderlichenfalls auch außerhalb des Rahmens einer Gesamtreform des Krankenversicherungsgesetzes.“) Somit ist die Lage sehr kriegerisch. Die Krankenkassen protestieren gegen die Maßnahmen der Behörden, halten denselben alle Verantwortung für die finanzielle Schädigung der Kassen durch das gegenwärtige System auf und protestieren ganz energisch gegen etwaige Herabsetzung der Leistungen. In den Versammlungen wird konstatiert, daß von den Ärzten Benachteiligungen der Kranken durch Sparen an Heil- und Stärkungsmitteln (die Köhler Kassenzärzte sind also das Gegenteil von ihrem Kollegen in Dietrich, der einem Alkoholiker in 90 Tagen 90 Flaschen Portwein im Betrage von 225 Mk. verschrieb) und Nichtkrankheitsreibungen vorgenommen werden, um die hohen Honorarsätze aufrecht zu erhalten. Mit allem Nachdruck werden sich übrigens sämtliche Klassen gegen das von den dortigen Ärzten betriebene scheinliche Verfahren der Stempelung des Streites als sozialdemokratische Sache. Man möchte dieses Verfahren der Ärzte — sie pfeifen in Leipzig und an anderen Orten dieselbe Melodie! — sogar als rechtschaffen dumm bezeichnen, weil die Herren doch ganz freitbare Geister gegen die Krankenkassen zu den Verteidigern ihrer Forderungen und zum Teile auch zu den erwählten Vertretern ihres Standes (z. B. Dr. Popitz-Leipzig und Dr. Freudenberg-Berlin) zählen. Die Köhlerischen Krankenkassen wollen übrigens laut einem in den letzten Tagen gefaßten Beschlusse die Familienversicherung wieder abschaffen, um

den Regierungszürzten diese Einnahmequelle zu entziehen und den hinzugezogenen Ärzten zuzuwenden; bei der Handwerkerkasse allein würde hierfür ein Betrag von jährlich 90000 Mk. in Betracht kommen. Von den durch die bekannten Maßnahmen der Behörden beiseite gedrückten neuen Ärzten haben sich zwei durch je 15000 Mk. abfinden lassen, die übrigen wollen die anhängig gemachten Prozesse durchsetzen. Das Vorgehen der Leipziger Kreis-hauptmannschaft fand in den Köhler Krankenkassenkreisen allgemeine Zustimmung. — Ueber den Stand der Ärztebewegung in Berlin wurden kürzlich in der „Medizinischen Reform“ rührende Mägelieder angestimmt. Es hieß da gegen die Ärzte des Gewerkrankenvereins wie gegen den Verein Berliner Kassenzärzte, welche bekanntlich die neuen langfristigen Kontrakte eingegangen sind: „In diesen Interessenpolitikern krafter Art haben sich die Herren Kollegen getäuscht. Mit einem jogenannten „Mitb-verständnisse“ fing die Feindseligkeit von ihrer Seite an und statt für die Aufklärung des Irrtums zu sorgen, hat man ihn zum Vorwande genommen, um sofort alles lahm zu legen, was die Ärzte von den neuen Bestrebungen erhofften. Auf der einen Seite klar und offen ausgesprochene friedliche Absichten, auf der andern halbe Zugeständnisse, versteckte Machinationen, widerspruchsvolle Erklärungen und Mittel, deren Charakterisierung sich an dieser Stelle verbietet. Bei so verschiedenen Basen kann der Augenblickserfolg nicht zweifelhaft sein.“ . . . Der Artikel schließt dann: „So liegen die Dinge zurzeit verworren und unerfreulich. Und wenn uns unsre publizistische Pflicht, auf diese Sachlage hinzuweisen, auch damit vor eine unbehagliche Aufgabe stellt, so hat es doch für den Läuterungsprozeß, der sich aus diesem Chaos allmählich entwickeln wird, seinen Wert, auszusprechen, was ist.“ Das wird hoffentlich manche indifferente Seele wachrütteln.“ — In Wiesbaden kam eine Einigung auf freie Arztwahl, Schiedsgericht und Honorarhöhung von 3,25 auf 3,50 Mark zustande. — Die Zentrale für Krankenkassenwesen hat den Krankenkassen die Abschließung möglichst langfristiger Verträge anempfohlen: es sei rätlich, halbjährige Kündigungen festzusetzen. Bei Verlosung dieser Vorschläge werde der Regierung kein Unbehagen zum Einschreiten gegeben. Andererseits machen die Ärzte gar kein Hehl daraus, daß sie angeworbene neue Kassenzärzte zum Vertragsbruche verleiten. In einem Leipziger Berichte des „Ärztlichen Korrespondenzblattes“ heißt es ja diesbezüglich: „Die Tatsache besteht; dieses Kampfmittel wird angewandt; die moralische Berechtigung hierzu liegt für uns darin, daß wir die betreffenden Ärzte vor einer nach ärztlichen Standesbegriffen bedauerlichen Zukunft bewahren.“ Ueber die Art der von der Ärztespreßre verbandenen Geschosse gegen die Krankenkassen ein andermal.

Auf der Gsche Oberhausen sind eine Anzahl von Bergarbeitern entlassen, angeblich wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Weiter sind im Gattinger Reviere Massenkündigungen vorgenommen, so daß die Belegschaften sich recht streikgeneigt zeigen. — In Swinemünde und vier Orten der näheren und weiteren Umgebung sind die Tischler wegen Nichtbewilligung des Tarifes ausständig. — Die Bauarbeiter in Lage sind ausgesperrt; die Unternehmer wollten zwar den nur schwach vertretenen christlichen Arbeitern die Forderungen bewilligen, dieselben lehnten jedoch dieses Angebot ab und erklärten sich solidarisch. — Wegen des Vorgehens der Innung gegen den Gesellenauschluß legten die Bäcker in Kiel die Arbeit nieder. — Maurer streiken in Driesen, Marienburg, Kregien, Düsseldorf und Marne; in Hamburg-Altona und Umgegend erreichten sie die neunstündige Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn. — In Mannheim befinden sich die Holzschuhmacher wegen allzu geringer Löhne im Auslande. — Die Polsterer in Elberfeld und die Grifflmacher in Gräfenhain konnten ihre Konflikte erfolgreich beenden.

In Szegedin ist es zu einem Auslande der Seher gekommen, eine Heroldmeldung will außerdem von Zusammenstößen bedenklicher Art zwischen Streikenden und Arbeitswilligen wissen. — Auf Veranlassung der Buchbinderinnung finden in Kopenhagen Einigungsverhandlungen statt, die Aussperrung dauert aber noch an. — In Roubatz ist es bereits zu umfangreichen Ausständen gekommen wegen der bevorstehenden Einführung des gesetzlichen Besinnungstages, welche sich auf 20 Textilfabriken erstrecken; 3750 Arbeiter sind an dem Streik beteiligt, davon 2100 notgedrungen. Der Streik wird neuesten Nachrichten zufolge ein allgemeiner. — Die Diamantarbeiter in Amsterdam haben den Interventionsvorschlag des Ministerpräsidenten Kuypers (den Arbeitern besonders bekannt geworden aus der Zeit des holländischen Generalstreiks) akzeptiert, die Arbeitgeber haben aber darauf in einer Form geantwortet, der eine Ablehnung bedeutet; der Kampf geht also weiter.

Drucksacheneingänge.

Das vom Faktor W. Kattenbusch herausgegebene Lehrbüchlein über die von jedem wirklichen Kzidenzgießer jetzt verlangten Fähigkeiten, den ornamentalen Schmuck für seine Arbeiten selbst zu zeichnen und selbst zu schneiden, repräsentiert sich unter dem Titel „Zeichnen und Schneiden“ als ein im Verlage von Bionis Buchdrucker in Fürtth erschienenes Werkchen in Kleinoktav. Grundsätzlich der Druckausführung wäre wohl einiges einzuwenden, der wichtigste Einwand ist aber jedenfalls der des zu kleinen Formates. Kollege Kattenbusch bezeichnet seine Anleitungen zum Zeichnen und Schneiden zwar als praktische Fingerzeige, will seine Schrift also als Handbuch für den täglichen Gebrauch betrachtet wissen, damit ist doch aber nicht die Notwendigkeit verbunden, daß dem Lehrbuche nun gleich auch die Eigenschaft als Taschenbuch angepaßt werden muß. Wir sind der Ansicht, daß bei etwas größerem Formate die meistens praktische Anwendungen bringenden Tafeln I bis VIII zu besserer Geltung und die einzelnen, durchweg sehr gelungenen Entwürfe dem Lern- und Witzbegierigen weit verständlicher würden. Was der Verfasser auf diesen Tafeln bietet, ist nämlich äußerst wertvoll für die Praxis unsrer auf flotten, künstlerischen Buchschmuck bedachten Zeit. Der ganze Inhalt bringt übrigens das in den kurzen Vorworte Versprochene: In ziemlich knapper Form werden alle für das buchdruckerliche Zeichnen und Plattenschnneiden in Betracht kommenden Fingerzeige gegeben, die nötigen Handgriffe werden im Bilde demonstriert und in beredten Worten wird zum Weiterlernen, zum Vorwärtstreben in unsrer immer neue Bahnen einschlagenden Buchdruckerkunst ermuntert. Wir glauben, es ist kein Moment von der gewohnten Anregung bis zur vollendeten Ausführung einer Idee ausgelassen und alle Möglichkeiten und Zufälle finden ihre Erwähnung und die Hinweise ihrer praktischen Erledigung bzw. Ueberwindung (z. B. bei den jetzigen sechs Arten von Platten) dürften vollauf genügen. Der auftretende Kzidenzgießer — dem lernbegierigen Drucker wäre es auch kein Nachteil! — wird also alles in diesem Büchlein finden, was originellem und künstlerischem Schaffen förderlich ist und er wird von demselben im allgemeinen ebenso befriedigt sein wie wir nach eingehender Lektüre.

Von dem „Journal für Buchdruckerkunst“ ging uns die anlässlich des sechzigjährigen Bestehens erschienene Gedenknummer erst recht spät zu, aber die Festschrift hat ja selbst infolge Umzuges und Erweiterung der Druckerei eine Verpätung im Erscheinen erfahren. Dieses von Dr. Heinrich Meyer in Braunschweig gegründete und jetzt von Otto Schötte in Berlin-Gr. Lichterfelde herausgegebene und redigierte älteste deutsche Buchdruckerfachblatt hat in den sieben Jahrzehnten manche Wanderung vorgenommen und manche Wandlung erfahren und ist durch die neueren fachtechnischen Zeitschriften in den Hintergrund gedrängt worden. Welche Ursachen zu diesem Resultate zusammengekommen sind, soll und kann hier nicht erörtert werden, die vorliegende Gedenknummer scheint ja auch einen Abschnitt neuen Aufschwunges bedeuten zu wollen, bringt sie doch einen umfangreichen, vielseitigen Inhalt mit mehreren Beilagen neuester Drucktechnik. Es ist verständlich, daß die einzelnen Beiträge dieser Festsnummer interessante Rückblicke auf die Entwicklung der Buchdruckerkunst in diesem langen Zeitraum bilden, die wertvoll für die Alten und lehrreich für die Jungen sind. Der Herausgeber selbst gibt auf der letzten Umschlagseite diesen Empfindungen poetischen und Otto Westphal in einer nicht voll befriedigenden Zeichnung symbolischen Ausdruck.

Briefkasten.

E. G. in Berlin: Ihr Mißfallen darüber, daß Herr Hermann Smalian seine Erinnerungen an Richard Härtel erstmalig in der „Buchdrucker Woche“ veröffentlichte, was doch im Falle einer wirklichen pietätvollen Würdigung der Verdienste Härtels hätte im „Corr.“ gesehen müssen, kommt zwar sehr spät, ist aber durchaus berechtigt. Wir haben allerdings nur unserm Härtel, nicht Herrn Smalian zuliebe, der sich für den Abdruck aus der „B.-W.“ auch von uns pro Zeile 10 Pf. zahlen ließ, bei der Redaktion des letztgenannten Fachblattes um die Nachdruckverlaubnis gebeten. — U. B. in Kottbus: Besten Dank für interessante Mitteilungen. Hoffentlich wird dort entschieden eingegriffen. Sonstiger Wunsch ist erfüllt. Gruß! — M. W. 100: Der Prinzipal hat hierzu kein Recht und können Sie beim Tarifschiedsgerichte Klage erheben. — Ch. N. in N.: Da Sie selbst zugeben, neu eingetretene zu sein, sind Sie erst nach Leistung von 600 Beiträgen und fünfzehnjähriger Mitgliedschaft bezugsberechtigt. Da Ihr Fall aber eigenartig liegt und noch unter das alte Statut fällt, werden wir Ihren Brief an den Zentralvorstand senden, der Ihnen wohl einen endgültigen Bescheid zugehen lassen wird. — W. in Augsburg: In ähnlichen Fällen möchten wir doch um schleunigen Bericht bitten, zumal wenn ein solcher so umfangreich ist. Diesmal wollen wir noch Gnade vor Recht üben,

im Rückfalle lassen wir aber der Gerechtigkeit freien Lauf. Gruf. — B. P.: Die Anzeige ist bei der Polizei zu erstatten, die dann das weitere verfügt. Sie werden als Zeuge vernommen. Suchen Sie sich mit den Mädchen in Verbindung zu setzen, damit dieselben um ihrer Stellen willen nicht die von Ihnen befristete Dummheit machen. Das Ganze ist ein Skandal und wollen Sie, wenn alles auf Wahrheit beruht, nicht ruhen, bis der Mann zur Rechenschaft gezogen ist. — „Elesant“: Nicht verwendbar. Ihre Beschwerden über derartige Zustände wollen Sie zur weitem Verfolgung an den Ortsvorstand gelangen lassen, eventuell an den Gewerbeinspektor. — i- in Hannover: In dieser Fassung ungeeignet und zu viel Wiederholungen aus der jüngsten Zeit; auch taktisch nicht gut gefachrieben. Es wäre zu empfehlen, jetzt in der örtlichen Agitation einzufehen, das hat mehr Wert. Durch den „Corr.“ ist der Boden vorbereitet. — M. Th. in Jena: 3 Mk. — M. R. in Berlin: 1,75 Mk. — J. M. in Hamburg: 1,10 Mk. — M. D. in St. Ingbert: Nein. — P. R. in Augsburg: Eingegangen und wird demnächst behandelt werden. Besten Dank.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Eismühlhof 5, III.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Der Vorstand besteht nach erfolgter Neuwahl für das Jahr 1904 aus folgenden Kollegen: W. Dreier, erster Vorsitzender; W. Wabersky, zweiter Vorsitzender; D. Lange, erster Schriftführer; F. Meins, zweiter Schriftführer; D. Bath, R. Otto, Revisoren; A. Andrefsen, E. Timm, Bibliothekare.

Schleswig-Holstein. Als Gautagsdelegierte wurden folgende Kollegen gewählt: A. Soeberg-Hadersleben,

M. E. Petersen-Appenrade, Theodor Schnor-Londern, E. Erit-Gufum, Karl Guttan, Th. E. Hummels, G. Knauer- und Bernhard Wiggert-Flensburg, L. v. Hinten-Schleswig, A. Beschels, F. Goeßch, M. Krüters, Zul. Krause, Heint. Baumanns, Karl König, Albert Weber- und Max Tilsner-Kiel, Chr. Wulf-Edernförde, M. S. Knabe- und Leo Werner-Neumünster, Karl Dehn-Eutin, H. Seliger- und B. Winkler-Flensburg, Karl Thate-Mendsburg, Emil Buchholz-Heide, Otto Scharrenberg-Wandsbek, Paul Rauch-Blantese, Otto Saft-Bergedorf, Richard Müller-Lauenburg, Chr. Petersen-Elmsborn, Ernst Saß-Meldorf, Thomsen-Sonderburg und Köster-Plön.

Bezirk Frankfurt a. D. Die Herren Ortskassierer und Vertrauensleute werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem letzten Bezirksversammlungsbeschlusse die Beiträge in der bisherigen Höhe auch nach dem 1. April einzuzahlen sind.

Bezirk Krefeld. Die Seher Peter Diekers aus Mecht, zuletzt dortselbst in Kondition, und Mathias Feder aus Büsbach bei Nachen (Rheinland), zuletzt in Krefeld in Kondition, werden aufgefordert, innerhalb acht Tagen ihre Beiträge zu begleichen bzw. ihre Bücher einzulösen, andernfalls Ausschluss erfolgt.

Heidelberg. (Maschinenwerkklub.) Der Vorstand besteht aus den Kollegen: D. Wolff, Schröderstraße 10, Vorsitzender; A. Schweinfurth, Kleine Mantelgasse 9, Kassierer; Br. Petersen, Schriftführer.

Offenbach a. M. Der Seher Fr. Heiß aus Mittelgründau wird hierdurch aufgefordert, seine Beiträge zu begleichen eventuell sein Buch einzulösen, andernfalls Ausschluss beantragt wird.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Nachen die Seher 1. August Moßne, geb. in Nachen 1885, ausgel. das. 1904; 2. Hubert Dörenkamp, geb. in Nachen 1884, ausgel. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Stolberg der Seher Heinrich Merlotte, geb. in Eupen 1881, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — And. Wilms in Nachen, Adalbertstraße 55.

In Schleswig der Seher Hermann Rickert, geb. in Schwere i. M. 1884, ausgel. in Sagenow 1903; war noch nicht Mitglied. — J. Chr. Heismann in Flensburg, Angelburgerstraße 44.

In Schwelm der Seher Peter Bahn, geb. in Rehsborn 1878, ausgel. in Alsenz (Pfalz) 1896; war schon Mitglied. — Karl Klinau in Barmen, Rößigerstraße 7.

In Schaffhausen (Schweiz) der Seher Ludwig Mayer, ausgel. in Krumbach (Bayern) 1902; war noch nicht Mitglied. — Emil Pfister in Bern, Friedbad 41.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Koburg. Der Verkehr befindet sich vom 1. April ab in der Restauration „Zur Himmelsteiter“, Leopoldstr. 27, woselbst auch das Mittagessen und zwar von 1/2 bis 6 Uhr abends, ausbezahlt wird.

Die Herren Reisekassiererverwalter werden gebeten, dem Seher Karl Hefel aus Göttingen (Haupt-Nr. 23148) 7,30 Mk. und dem Seher Hermann Dietrich aus Hofgeismar (Haupt-Nr. 43051) 8,50 Mk. abzugeben und portofrei an Chr. Neßch hier selbst (Zageblatt) zu senden. Sollten vorgenannte Kollegen in Kondition stehen, so sind die Herren Vertrauensleute gebeten, davon nach hier Mitteilung zu machen.

Faktor gesucht für Buchdruckerei Dresdens

der befähigt ist, über ein größeres Personal in jeder Beziehung zu disponieren, tüchtig in Entwürfen und Satz sowie im Zettelschnitt, überhaupt mit den modernen Färdigung vollkommen vertraut und eigne Ideen verwertet, auch Korrekturen verantwortlich lieft. Nur Herren, die leitende Stellung mit Erfolg inne gehabt, wollen sich unter Nr. 880 unter Angabe ihres Bildungsganges und der Gehaltsansprüche melden bei der Geschäftsst. d. Bl.

Junger, flotter Schriftsetzer

sucht baldigst Stellung. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Werte Offerten unter N. J. 873 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Süddeutscher Maschinenmeister-Zug

an Ostern in Heilbronn.

Tagesordnung: 1. a) Worin bestehen die Ursachen der ungünstigen Arbeitsverhältnisse in den Maschinenfabriken und der dadurch hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit unter den Druckern? b) Welche tariflichen Forderungen sind zu stellen, um eine Besserung unserer Lage herbeizuführen? Referent: Wilhelm Wiese aus Stuttgart. 2. Bepfischung von Anträgen. 3. Der Einfluß der industriellen Entwicklung im Buchdruckgewerbe auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Druckern. Referent: Charles Schäfer aus Karlsruhe. 4. Welchen Standpunkt haben wir zum Sammel- und Einzelnden von Druckmeistern einzunehmen? Referent: Bruno Kellner in Mannheim. 5. Offene Fragen.

Die Verhandlungen finden im Restaurant „Schüler“, Ecke Alleeplatz und Kellergasse statt, beginnen Ostermontag vormittags 9 Uhr und werden Ostermontag nachmittags spätestens 3 Uhr beendet sein.

Ostermontag abends 8 Uhr: Fest-Kommers in den Billardschalen, veranstaltet von den Heilbronner Kollegen. Am beiden Tagen gemeinschaftliches Mittagessen, pro Bebed 1,20 Mk. Empfangskomitee und Führer sind durch Notizen in den Buchdruckerarbeiten erkennlich.

Stuttgart, den 31. März, 1904.

[854]

Die Kommission. S. L.: Karl Gang, Johannesstraße 4, IV.

Flinker, zuverlässiger

Textsetzer

für große Tageszeitung mit modernem Betriebe (Setzmaschinen) sofort gesucht. Werte Offerten nur von durchaus leistungsfähigen Herren mit besten Referenzen und Angabe der Gehaltsansprüche sind unter Nr. 886 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Junger, intelligenter Schriftsetzer

sucht Stellung auf Buchdruckerei- oder Schriftsetzereikontor; würde sich ev. auch für die Weile eignen. Werte Off. unter H. K. 878 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Galvanoplastiker und Stereotypen

sucht Stellung. Werte Offerten unter A. K. 883 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Dresden Buchdruck- u. Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 10. April, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal, Müllers Restaurant, Gr. Plauenische Straße:

Monatsversammlung.

Wichtige Tagesordnung und ersucht daher zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand. [877]

Sämtliche Materialien für Tonplattenschnitt

als Stichel, Messer, nebst Platten aus Blei, Zelluloid, Karton, Linoleum, Guttapercha sowie Vorlagen und Lehrbücher



liefert billigst

Hermann Sachse
Halle-Trotha.

Verzeichnis kostenlos.

Technik der bunten Akzidenz.

Hid. Härtel in Leipzig. N. — 3,50 Mk.

Mitgliedschaft

Chemnitz * Gutenberg.

Am 1. Feiertage, vormittags 1/2 11 Uhr:

Fideler Frühshoppen

im Café Seifert, Weisenstraße. — Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand. [874]

Crimmitschau.

Am 1. Ostertage: Frühshoppen im „Schwan“.

Am allseitiges Freizeinhalten bitte A. P. [886]

Greiz. * Frühshoppen *

Am 1. Ostertage, im „Zunnele“.

Hamburg.

Am 2. Ostertage:

Gemüthlicher Abendshoppen

bei Vornhöft

(Vereinslokal d. Liedertafel Gutenberg v. 1877)

Rf. Moosenstraße 16. [884]

Moritz Uhles Restaurant

Berlin, Kreuzbergstr. 3, Berlin.

Sonntag: Frühstück von 6 Uhr, Giselein mit Sauerbraten, Tafelgeschwanzsuppe (Spezialität), Großer Mittagstisch (Rubert 60 Pf.), Borziniähe Bier (Gavold, Zip-Zop, Bud), von 4 Uhr an Frei-Konzert. — Gemüthliche Morgen- [878]

Am 25. März verstarb nach langem Leiden an der Berufskrankheit unser werter Kollege, der Setzer

Max Pollack

aus Meiningen im 38. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Jena. [876]

Todes-Anzeige.

Nach langem schweren Leiden verschied am 26. März unser liebes Mitglied

Hermann Stutzenstein

im 41. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [882] Der Maschinenmeisterverein Stuttgart.

Achtung! Bestellungen auf das 2. Quartal des „Corr.“ (Preis pro Quartal 65 Pf.) wolle man im Interesse geregelter Lieferung ungeteilt veranlassen. Nachlieferungen finden nicht statt. [878]